

Schleichende Islamisierung

Über 400'000 Muslime leben in der Schweiz. Ihre vielschichtige Religion ist für Westeuropäer nicht leicht zu verstehen. Kopftuchstreitereien und Baugesuche für Minarette sorgen in der Öffentlichkeit für Aufsehen.

Anfang der 60-er Jahre kamen die ersten muslimischen Gastarbeiter aus der Türkei nach Westeuropa. Es folgten Muslime aus Marokko und Tunesien. Bis heute kommen Muslime aus islamischen Ländern wie beispielsweise Iran, Afghanistan, Pakistan, Algerien und Indonesien nach Westeuropa. Sie kommen als Studenten, (billige) Arbeitskräfte oder als Asylsuchende. Inzwischen werden die Muslime in der Schweiz so deutlich wahrgenommen, dass manche eine „Islamisierung“ der Schweiz befürchten, andere reden von „islamophober Hetze“ und unterstellen Intoleranz und verdeckte Islamfeindlichkeit.

Mit grosser Besorgnis muss ich feststellen, dass ein Grossteil unserer Politiker/innen, mit ihrem Integrationsdenken die zunehmende Islamisierung der Schweiz nicht nur unterstützt sondern sogar fördern. In unserem Land herrscht (oder zumindest noch) die Meinungs- und Religionsfreiheit. Niemanden darf man vorschreiben, was er zu glauben hat. Genau das ist aber Ziel des Islam: Auch in der Schweiz hat der Dschihad („Heiliger Krieg“ eine im Islam begründete religiöse Pflicht sowohl der Gemeinschaft als auch des Einzelnen. Dieser Glaubenskampf dient der Expansion des islamischen Machtbereiches und dauert an, bis der Islam die weltweit herrschende Religion wird) längst seinen Anfang genommen. Die Taktik ist schleichend. Langsam und unmerklich, aber gezielt und systematisch, werden unsere christlichen Grundwerte von muslimischen Fundamentalisten angegriffen und untergraben so nach dem Motto: „Nur der Islam kennt die wahren Menschenrechte...“.

Den Moslems in Europa, respektive für uns in der Schweiz, muss meines Erachtens klar gemacht werden, dass Politik – Religion – Kultur unabhängig voneinander sind.

Vielfach lesen und hören wir von der schleichenden Islamisierung. Ich nenne das nicht mehr schleichend: Unsere Gesellschaft wird tagtäglich aufs Neue islamisiert. In den Schulen werden auf Wunsch muslimischer Eltern Weihnachtsfeste abgesagt, auf dem Speiseplan in den Gefängnissen wird kein Schweinefleisch mehr angeboten, muslimische Mädchen werden vom Schwimmunterricht oder von Skilagern dispensiert.

Oder das Beispiel einer Angestellten der British Airways, welche entlassen wurde weil Sie um den Hals eine Kette mit einem kleinen Kreuz trug. Natürlich ist muslimischen Angestellten der Fluggesellschaft das Tragen eines Kopftuches im Dienst erlaubt und Angehörige der Religionsgemeinschaft der Sikhs dürfen den Turban tragen, christliche Kreuze aber dürfen während der Arbeitszeit nicht zu sehen sein. Den meisten Passagieren der Fluggesellschaft dürfte auch kaum aufgefallen sein, dass die britische Flagge insgeheim vom Rumpf aller Maschinen entfernt wurde. Der Grund: das darin enthaltene rote Kreuz könnte von muslimischen Passagieren theoretisch als mögliche „Beleidigung“ aufgefasst werden.

Schweizer Fälle

Ein Ägypter hatte im Status eines "vorläufig Aufgenommenen" Wohnsitz in der

Schweiz. Sein Asylgesuch wurde abgewiesen, da ihm in seiner Heimat ein Tötungsdelikt angelastet wird. Plötzlich stellte er einen Antrag auf "Familiennachzug". Die damalige Asylrekurs-Kommission (ARK) anerkannte in einem letztinstanzlichen Urteil vom 7. März 2006 die nach Scharia-Recht im Abwesenheitsverfahren geschlossene Ehe des Ägypters als gültig und ordnete einen "sofortigen Familiennachzug" an für eine Ehe, die anlässlich der erfolgten Flucht noch nicht bestanden hatte. Eine Ehe mit einer Braut, die notabene anlässlich einer behaupteten Verlobung zu früherem Zeitpunkt erst 12 Jahre jung war. Dies sei alles, argumentierte die Asylrekurs-Kommission, nach Scharia-Recht möglich. Damit sanktionierte die ARK die Gültigkeit von Scharia-Recht für jemanden, dessen rechtlicher Wohnsitz in der Schweiz war und ist. Scharia-Recht widerspricht schweizerischem Recht klar. Eine Heirat in Stellvertretung ist in der Schweiz nämlich untersagt.

Wer hier lebt, hat unsere in der Verfassung niedergelegten Grundsätze und die Regeln der christlich-abendländischen Tradition zu respektieren. Wer sich nicht daran hält, wer illegale Praktiken wie Kinderverlöbnisse, Zwangsehen und Blutrache, alles nach Scharia zugelassen, begünstigt oder ausführt, ist mit Landesverweis zu bestrafen. Erst wenn wir endlich aufhören, verfassungswidrige Sonderwünsche stillschweigend zu tolerieren, wird unsere Schweizer Rechtsordnung wieder voll gelten.

Aus Sicht der schweizerischen Demokratie und der Gleichstellung der Geschlechter ist es deshalb unbedingt nötig, den politischen Machtanspruch des Islams in der Schweiz zurückzudrängen. Da gehören auch die Minarette dazu.

Im Lauf der islamischen Eroberungen wurden Minarette zuerst als Wacht- und erst später als Gebetstürme eingesetzt. Der türkische Ministerpräsident Erdogan sagte es einmal so: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“.

Mit dem von der Initiative verlangten Verbot von Minaretten wird erreicht, dass die Gültigkeit der in unserer Rechtsordnung uneingeschränkt garantiert bleibt. Ansinnen islamistischer Kreise, einem an der Scharia orientierten Rechtssystem auch in der Schweiz zum Durchbruch zu verhelfen, werden damit zurückgewiesen. Die Initiative erteilt also dem Symbol eines religiös-politischen Machtanspruchs, der verfassungsmässige Grundrechte in Frage stellt, eine klare Absage. Und sie schützt die betroffenen Anwohner vor Parallelgesellschaften und einer zunehmenden Ghettoisierung. Die Initiative ist ein deutliches Zeichen und setzt islamisch-fundamentalistischen Auswüchsen klare Grenzen. Oder wann werden die Damen und Herren Befürworter dieser Integrationspolitik endlich aufwachen? Vielleicht erst dann, wenn wir über Lautsprecher von den Zinnen der inzwischen – Mithilfe des Bundesgerichts – erstellten Minarette morgens um 04.30 Uhr an Stelle von Kirchenglocken mit einem laut geschrienen islamischen Morgengebet geweckt werden? Schieben wir diesem Zustand den Riegel. Darum unterstütze ich die Initiative "Gegen den Bau von Minaretten" aus voller Kraft.